

Ausschuss „Migration/Inklusion“ der Deputation für Kinder und Bildung Sitzungsprotokoll der 7. Sitzung			
21. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2023 - 2027			
Sitzungstag 15.05.2025	Sitzungsbeginn 14:00 Uhr	Sitzungsende 16:42 Uhr	Sitzungsort Räume 118, 120 u. 122, Rembertiring 8-12, 28195 Bremen

Teilnehmer:innen: siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

- TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 2 Genehmigung des Protokolls der 6. Sitzung vom 06.02.2025
- TOP 3 Vorkurse im berufsbildenden Bereich (Katja Köhne, SKB)
- TOP 4 Handlungsebenen 1 und 2 des „Mehrstufigen Handlungs- und Interventionskonzepts für Kinder und Jugendliche“ mit Schwerpunktthema „Systemische Assistenz“ (Carsten Dohrmann, SKB / Paul Scholle, Schule an der Humannstraße)
- TOP 5 Verschiedenes / Aktuelles
- Stand der Willkommenschulen (Xenia Köstergarten, SKB)
 - Stand der Bildungsabteilungen an den ReBUZ (Bastian Hartwig, SKB)

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

Abg. Yvonne Averwesser eröffnet die Sitzung und bittet um Zustimmung zur vorgelegten Tagesordnung. Sarah Stoppe-Ramadan wird als Referierende für TOP 4 aufgrund eines parallelen Termins entschuldigt.

Beschluss: (einstimmig)

Der Ausschuss genehmigt die Tagesordnung.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls der 6. Sitzung vom 06.02.2025

Abg. Yvonne Averwesser stellt das Protokoll der 6. Sitzung vom 06.02.2025 zur Abstimmung.

Beschluss: (einstimmig)

Der Ausschuss genehmigt das Protokoll der 6. Sitzung unverändert.

TOP 3 Vorkurse im berufsbildenden Bereich (Katja Köhne, SKB)

Katja Köhne stellt anhand einer Präsentation (siehe Anlage 1) die Vorkurse im berufsbildenden Bereich vor. Sie berichtet, dass in BOSp-Klassen zukünftig auch am Ende jedes Schuljahres eine Sprachstandsfeststellung mittels des digitalen Analyseinstrumentariums 2P stattfinde, um den Lernfortschritt der Schüler:innen darzustellen. Im Bereich der Alphabetisierung gebe es seit Jahren wachsenden Bedarf, weshalb sich die Zahl der Klassenverbände sukzessive erhöht habe. Es sei nicht leicht, einschlägig qualifiziertes Personal zu finden. Der Bedarf an Plätzen in den Sprachförderklassen mit Berufsorientierung (SpBO) sei weitgehend konstant, die vorhandenen Klassenverbände seien auskömmlich. Die Anzahl der Berufsorientierungsklassen mit Sprachförderung (BOSp) werde im Schuljahr 2025/2026 leicht aufwachsen. Die Berufssprachkurse für Auszubildende (Azubi-BSK), die vom BAMF angeboten werden, würden sehr gut angenommen, allerdings sei die weitere Finanzierung aktuell unklar.

Abg. Miriam Strunge berichtet, dass mehrere Abgeordnete von einem jungen Menschen in Notfallsanitäterausbildung kontaktiert wurden, der sprachliche Unterstützung in der Ausbildung benötige. Abg. Miriam Strunge erkundigt sich im Zuge dessen, ob das BAMF-Angebot Berufssprachbildung für Auszubildende (Azubi-BSK) hier greifen könne. Katja Köhne erläutert, dass das Angebot grundsätzlich duale Ausbildungen umfasse und dass aktuell in Bremen Azubi-BSK für Berufe im Friseurhandwerk sowie im Hotel- und Gaststättenbereich angeboten würden. Sie verweist zum einen auf das Gesundheitsressort, zum anderen auf die Möglichkeit, Unterstützung im Rahmen der Assistierten Ausbildung (Asa Flex) der Bundesagentur für Arbeit in Anspruch zu nehmen. Der aus dem Ressort anwesende Günther Wiesenberg merkt an, dass deren Maßnahmen unter Finanzierungsvorbehalt stünden.

Abg. Miriam Strunge erkundigt sich nach den Schwierigkeiten, gut qualifizierte Alphabetisierungslehrkräfte zu finden und ob dies zu Wartelisten für die Alpha-Klassen führt. Katja Köhne verneint dies und stellt klar, dass es aktuell für keine Sprachförderklasse im berufsbildenden Bereich Wartelisten gebe. Auf die Nachfrage bezüglich des Übergangs von der Alpha-Klasse in die SpBO, antwortet Katja Köhne, dass der Übergang in der Regel nach einem Jahr erfolge, teilweise auch früher. Eine Verlängerung des Besuchs der verschiedenen Sprachförderklassen um ein weiteres Jahr sei möglich, die Anträge würden über die Schulen gestellt. Schüler:innen, die unterjährig in die Klassen aufgenommen werden, würden regelhaft ein weiteres Schuljahr in den Klassen verbleiben.

Abg. Holger Fricke erkundigt sich, ob der Besuch der berufsbildenden Sprachförderklassen freiwillig oder verpflichtend sei. Katja Köhne erklärt, die Schulpflicht greife bei jenen, die dieser unterlägen.

Abg. Yvonne Averwesser fragt, welche Qualifizierung Alpha-Lehrkräfte mitbringen müssen. Katja Köhne erläutert, dass es sich meistens um DaF-/DaZ-Lehrkräfte mit einer Zusatzqualifikation für Alphabetisierung, oft erworben über das BAMF, handele. Alternativ sei eine Anerkennung von Qualifikation durch langjährige Berufspraxis möglich. Abg. Yvonne Averwesser fragt nach, ob es auch stadteigene Qualifizierungsmaßnahmen gibt, Katja Köhne bejaht und nennt die Angebote des Landesinstituts für Schule (LIS) für die Allgemein- und Berufsbildung. Kim Pöckler fragt nach, ob die Vergütung für Alpha-Lehrkräfte anders ist, Katja Köhne erklärt, dies sei nicht der Fall, die Klassengröße mit 12 statt 16 Schüler:innen aber kleiner.

Prof'in Dr. Andrea Daase fragt, ob der Fachkräftemangel bei DaF-/DaZ-Lehrkräften ein Problem sei und welche Qualifikation diese mitbringen. Katja Köhne erläutert, es würden Personen mit verschiedenen Qualifikationen eingestellt: neben klassischer DaF-/DaZ-Ausbildung auch Menschen mit internationaler Qualifikation oder mit Abschlüssen anderer Bundesländer. Das Spektrum werde bewusst offengehalten, um möglichst viele geeignete Personen einstellen zu können.

Beschluss: (einstimmig)

Der Ausschuss nimmt den Bericht zu TOP 3 zur Kenntnis.

TOP 4 Handlungsebenen 1 und 2 des „Mehrstufigen Handlungs- und Interventionskonzepts für Kinder und Jugendliche“ mit Schwerpunktthema „Systemische Assistenz“
(Carsten Dohrmann, SKB / Paul Scholle, Schule an der Humannstraße)

Carsten Dohrmann stellt die Handlungsebenen 1 und 2 des „Mehrstufigen Handlungs- und Interventionskonzepts für Kinder und Jugendliche“ mit Schwerpunktthema „Systemische Assistenz“ vor (siehe Präsentation Anlage 2). Er verweist darauf, dass mit der systemischen Assistenz das Antragsverfahren über das Jugendamt und den Kinderpsychologischen Dienst (KiPsy) entfielen und somit auch eine bisher große Hürde für Eltern. Zudem hätten im Rahmen des bisherigen Systems aufgrund des Personalmangels 35 % der Kinder trotz Bedarf keine Unterstützung durch eine Assistenz erhalten. Die Schulen könnten die systemischen Fachkräfte selbst entsprechend der Bedarfe einteilen und sie fest in ihre Struktur einbinden, was eine verbindliche Form der Zusammenarbeit und Ressourceneinsparungen an vielen Stellen ermögliche. Für den Sommer 2025 sei dazu ein Bericht geplant, eine Evaluation der Pilotphase werde allerdings durch eine fehlerhafte Zuordnung der Schulen durch die Sozialzentren erschwert.

Abg. Miriam Strunge bezeichnet die Umstellung auf die systemische Assistenz als absolutes Erfolgsmodell, dass keine Sparmaßnahme darstelle, sondern eine bessere Umsetzung der Inklusion ermögliche. Sie merkt an, dass die Hürde für eine persönliche Assistenz dennoch hoch

bliebe. Carsten Dohrmann erwidert, dass mit der Einführung der systemischen Assistenz die Anzahl der Anträge auf persönliche Assistenzen gesenkt werde.

Dep. Christopher Hupe erkundigt sich, ob die Assistenzen pro Klasse oder pro Jahrgang eingesetzt würden. Carsten Dohrmann erläutert, dass die Berechnungen schulbezogen erfolge und der Einsatz durch die Schule geplant werde. Grundsätzlich würden die Assistenzen einem Jahrgang zugewiesen, im Team würde dann der Einsatz so geplant, dass er sich möglichst auf zwei Klassen beschränke. Sowohl für die Schulen, die Schüler:innen als auch für die Assistenzen sei eine Verbesserung der Situation eingetreten. Paul Scholle ergänzt, dass die meisten Assistenzen in den Jahrgängen 1 und 2 eingesetzt würden, da hier der größte Bedarf bestehe. Er erklärt, dass weiterhin Anträge auf persönliche Assistenz gestellt werden können, falls die systemischen Kräfte nicht ausreichen.

Paul Scholle stellt die Arbeit mit systemischen Assistenzen am Beispiel der Schule an der Hermannstraße dar (siehe Präsentation Anlage 3). Abg. Miriam Strunge fragt nach, was passiere, wenn ein Kind in Klasse A Hilfe bräuchte, aber die Assistenz sich in Klasse B aufhalte. Paul Scholle erklärt, dass durch eine offene Architektur eine Sichtbarmachung erleichtert werde und zudem in der Regel mehrere Kolleg:innen im Klassenraum seien, sodass eine:r den Raum kurz verlassen könne.

Dr. Christoph Fantini bittet um eine Information zur Geschlechterverteilung bei Kindern mit Assistenzbedarf und stellt äußert die Vermutung, dass alle Kinder mit Assistenzbedarf männlich seien. Carsten Dohrmann wird die Daten mit dem Sitzungsprotokoll nachreichen (siehe Anlage 4).

Ole Stratmann bewertet die systemische Assistenz als Problemlösung auf vielen Ebenen. Er fragt nach den Auswirkungen auf die multiprofessionellen Teams und Paul Scholle antwortet, dass 20 % der Arbeitsressource auf die Teamarbeit falle und somit eine bessere Einbindung mit Vorteilen für alle Seiten stattfände.

Beschluss: (einstimmig)

Der Ausschuss nimmt den Bericht zu TOP 4 zur Kenntnis.

TOP 5 Verschiedenes / Aktuelles

- **Stand der Willkommenschulen (Xenia Köstergarten, SKB)**
 - **Stand der Bildungsabteilungen an den ReBUZ (Bastian Hartwig, SKB)**
-

Xenia Köstergarten stellt die Zahlen der neu zugewanderten Schüler:innen in der Allgemeinbildung dar: Im 1. Quartal 2024 gab es 375 Anmeldungen und im Vergleich dazu im 1. Quartal 2025 205 Anmeldungen. Die Anmeldezahlen hätten sich stabil auf diesem Niveau eingependelt.

Xenia Köstergarten berichtet über folgende Neuigkeiten zu den Willkommensschulen (WKS):

Am Standort der WKS Nord reichten die räumlichen Kapazitäten nicht aus und es werde derzeit geprüft, ob ein Umzug in das leer zu ziehende Gebäude der Schule Fährer Flur perspektivisch zum Schuljahr 2026/2027 stattfinden könne. Am Standort der WKS Ellmersstraße werde die erforderliche Brandschutzertüchtigung durch Immobilien Bremen in vorgegebener Zeit umsetzbar sein. Der Standort WKS Ohlenhof laufe problemfrei. Der Mietvertrag der WKS Stresemannstraße laufe aus und ein Umzug in den Oberschulmobobilbau auf dem Kaisen-Campus sei zu den Herbstferien 2025 geplant. Die Schulleitungen stünden in engem Austausch.

Die neu eingerichteten Stellen für Schulsozialarbeit an den WKS seien besetzt und die Kolleg:innen hätten ihre Arbeit aufgenommen. Ein schulübergreifendes Konzept für die Schulsozialarbeit in WKS sei derzeit in der Erarbeitung und solle zum neuen Schuljahr vorliegen.

Ein gemeinsames Leitbild für die WKS wurde von den Kollegien miteinander erarbeitet, dies könne möglicherweise bereits in der nächsten Ausschusssitzung vorgestellt werden.

Xenia Köstergarten berichtet, dass Lernorte für Kinder im schulpflichtigen Alter in den Landesaufnahmestellen (LAST) Lindenstraße, Alfred-Faust-Straße, St.-Jürgen-Straße und in der Überseestadt (Kelloggs-Gelände) bestünden. Der Lernort Überseestadt werde Ende September in drei Lernräume in der LAST Birkenfelsstraße verlegt. Abg. Miriam Strunge erkundigt sich nach der Anzahl der Kinder, die die jeweiligen Lernangebote besuchen sowie eine Angabe des Stundenumfangs. Xenia Köstergarten erläutert: Am Lernort in der LAST Alfred-Faust-Straße stehe ein Raum zur Verfügung, es würden 15-17 Kinder betreut. Aktuell finde dies in Doppelbesetzung statt, ab dem kommenden Schuljahr nicht mehr, dies decke sich jedoch mit den Bedarfen vor Ort. In der LAST St.-Jürgen-Straße besuchten 15-20 Kinder das Lernangebot, in der LAST Birkenfelsstraße seien es 30-45 Kinder, auch aus benachbarten Einrichtungen. Beide Lernorte böten vormittags ein Lernangebot im Umfang von 4 Unterrichtsstunden an. In den letzten beiden Sommerferienwochen werde es ein Ferienangebot geben.

Xenia Köstergarten antwortet auf Martina Siemers Frage nach der Verweildauer in den Willkommensschulen, dass in den Jahrgängen 5 bis 8 je nach pädagogischer Einschätzung fließende Übergänge bestünden, während in den höheren Jahrgängen 9 und 10 fast keine Übergänge stattfänden, weil hier das Ziel der Erwerb eines Abschlusses oder der Übergang in die Berufsbildung sei. Neueröffnungen von Willkommensschulen seien nicht geplant, weitere benötigte Kapazitäten würden durch den Umzug in größere Räumlichkeiten geschaffen.

Dr. Johanna Funck erkundigt sich nach den aktuellen Wartezeiten für eine Beschulung in den Willkommensschulen und wie bzw. wer entscheide, ob ein Kind einem Vorkurs oder einer Willkommensschule zugewiesen wird. Xenia Köstergarten erläutert, dass die aktuelle Warteliste an der WKS Stresemannstraße mit Unterstützung der anderen WKS innerhalb von vier Wochen aufgelöst werden könne und insgesamt eine Beschulung innerhalb von zwei bis drei Monaten

nach Ankunft gesichert sei. Kinder im Sek-I-Alter aus EAE oder LAST würden den WKS zugewiesen, nach einem Transfer könnten die Kinder ggf. in einen Vorkurs wechseln. Schulpflichtige Kinder mit festem Wohnsitz in Bremen würden möglichst einem Vorkurs zugewiesen.

Bastian Hartwig berichtet zum aktuellen Stand der Bildungsabteilungen. Der Übergang der Schüler:innen aus der Schule an der Fritz-Gansberg-Straße sei sehr gut verlaufen. Es könnten maximal 172 Schüler:innen aufgenommen werden, zurzeit seien 160 Schüler:innen in den Bildungsabteilungen aufgenommen. Die Kolleg:innen der ZuP wünschten sich mehr Plätze, es befänden sich aktuell 117 Schüler:innen auf der Warteliste. Die systemischen Assistenzen würden viele Bedarfe abfedern. Ausführliche Zahlen werde er in der nächsten Deputationssitzung darstellen. Referendar:innen können mit einem Teil ihres Deputats in der Bildungsabteilung ausgebildet werden. Ein Rahmenkonzept zur Beratung an den ReBUZ sei in der Erarbeitung, dies sei der Schlüssel zum Übergang in und zurück aus den Bildungsabteilungen. Zeitgleich dürften die Problematiken und die Bedarfe von Schüler:innen mit besonderen Bedarfen in den allgemeinen Schulen nicht aus den Augen verloren werden, die Temporären Lerngruppen bildeten hier einen wichtigen Baustein. Übergeordnetes Ziel müsse sein, die Schulen zu „empowern“ ohne sie weiter zu belasten, sodass sie viele Fragestellungen bereits selbst klären könnten. Auf Nachfrage von Abg. Miriam Strunge führt Bastian Hartwig aus, das „Empowern“ entstehe durch in den Bildungsabteilungen ausgebildete Lehrkräfte, durch die Erfahrungen aus der Kooperation mit den Bildungsabteilungen sowie durch eigene Arbeitskreise. Wichtig sei auch die ressortübergreifende Zusammenarbeit: Das Einzelfall-Clearing finde in Kooperation mit dem Sozialressort und dem Gesundheitsamt statt, sodass eine ganzheitliche Beschreibung des Kindes vorliege. Wertvolle Schulmeidungsprojekte wie „Strickleiter“ in Kooperation mit dem Sozialressort müssen weiterentwickelt werden.

Frau Siemer weist darauf hin, dass die Bildungsabteilungen der ReBUZ im Rahmen der Schließung des Förderzentrum Fritz-Gansberg-Straße geplant waren - und zwar explizit im Rahmen der Entwicklung zur inklusiven Schule. Dass jetzt aber 120 externe Schulplätze für den Bereich sozial-emotionale Entwicklung geschaffen werden statt 48 an der ehemaligen Fritz-Gansberg widerspreche dem Gedanken der inklusiven Beschulung. Bastian Hartwig entgegnet, dass die Bildungsabteilungen viel erfolgreicher arbeiten würden als die Fritz-Gansberg-Schule und die verbindliche Zusammenarbeit aller Akteure sehr gut funktioniere. Es bestünden weiterhin temporär exklusive und intensive Beschulungsmodelle, die einer halbjährigen Bedarfsüberprüfung unterliegen und immer das Zurückführen in die Regelschule zum Ziel haben.

Abg. Yvonne Averwesser stellt zusammenfassend fest, dass bei höheren Bedarfen der Schulen auch mehr Ressourcen bereitgestellt werden und die Akzeptanz seitens der Eltern und der Schulen stets sichergestellt sein müssten.

Beschluss: (einstimmig)

Der Ausschuss nimmt die Berichte zu TOP 5 zur Kenntnis.

Die Sitzung wird um 16:42 Uhr geschlossen.

gez.

Yvonne Awerwiler
Sprecherin des Ausschusses

gez.

Annika Hohorst
für das Protokoll

Anlagen